

KlubNews



Das neue
Klubmagazin
ist da

Energiepreise senken!

EVN zur Leistbarkeit verpflichten und
Gewinne an die Menschen zurückgeben

Gesundheitsregion Ost
Beste Versorgung ohne
Bundesländergrenzen

Klubobmann Hannes Weninger
fordert Zusammenarbeit zum
Wohle aller Patient:innen

**Unsere SPÖ-
Landtagsabgeordneten**
im Porträt

In jeder Ausgabe stellen wir einen
unserer Abgeordneten im persönli-
chen Interview vor

Unsere Bundesräte
berichten aus
dem Parlament

Ein Blick auf die Arbeit unserer
drei Bundesräte als starke sozial-
demokratische Stimme aus NÖ

SPÖ | KLUB | NÖ

Gesundheitsregion Ost

“ —

Gesundheit darf
keine Frage der
Postleitzahl sein!

KLUBBLICKE

VON KLUBOBMANN LABG. HANNES WENINGER

Was uns bewegt, was wir bewegen



„Neue Wege,
unsere
Botschaften
in die Breite
zu bringen!“

Ich freue mich, dir unseren neu gestalteten Newsletter des SPÖ NÖ Landtagsklubs als Online-Magazin präsentieren zu können. Wir wollen dich damit aktuell und kompakt über die wichtigsten politischen Themen in der niederösterreichischen Landespolitik, die Aktivitäten unserer Regierungsmitglieder, der Landtagsabgeordneten und der Mitglieder des Bundesrates informieren und Hintergrundinfos liefern.

Da sich das Medienverhalten über alle Generationen in den letzten Jahren grundlegend verändert hat, müssen auch wir auf allen Tasten des Medienklaviers spielen, um unsere sozialdemokratischen Botschaften in die Breite zu bringen. Keine Angst: Dieses Magazin steht keineswegs in Konkurrenz mit traditioneller Pressearbeit oder sozialen Netzwerken, sondern ist ein ergänzender Versuch im Rahmen einer erfolgreicher Kommunikationsstrategie. Ich bedanke mich beim Pressteam des Klubs für die Umsetzung dieses Projekts und hoffe, dass wir über den neuen Klubletter unsere Inhalte und Aktivitäten in einem modernen, lesbaren und ansprechenden Design vermitteln können.

Selbstverständlich nehmen wir Anregungen, Verbesserungsvorschläge, aber auch Lob (!) und Tadel gerne entgegen und würden uns freuen, wenn du die eine oder andere politische Botschaft in deinem politischen und persönlichen Umkreis weiterverbreitest.

Herzlichen Dank dem Kommunikationsteam im Landtagsklub und dir viel Freude beim Lesen!

Mit freundschaftlichen Grüßen


Labg. Hannes Weninger
Klubobmann

IMPRESSUM

Medieninhaber & Herausgeber: Klub der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs (SPÖ-Klub NÖ), Landhausplatz 1, 3100 St. Pölten, Tel.: +43 (2742) 9005-12110, E-Mail: spkub-noe@spoe.at. Für den Inhalt verantwortlich: Klubobmann Hannes Weninger.
Fotocredits: Adobe Stock, SPÖ-Klub NÖ, privat, NÖ GVV/www.fotoplutsch.at, ZVG. Vollständiges Impressum & Offenlegung gemäß §§24, 25 Medien gesetz und Anbieterinformation nach § 5 ECG abrufbar unter <https://klub-noe.spoe.at/impressum>

**VOR-
GESCHMACK**
auf diese Ausgabe



GESUNDHEITSREGION OST
Zeitfenster für Reformen
nutzen



HALBZEITBILANZ
KO Hannes Weninger über
den ersten Teil der
Landtagsperiode



UNSERE ABGEORDNETEN
In dieser Ausgabe:
Kerstin Suchan-Mayr



Unser Team: **Klub** der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs

Landesrat Mag. Sven Hergovich
Kontroll-Landesrat, Landesrat für Kommunale Verwaltung und Baurecht
sven.hergovich@spoe.at

Landesrätin Eva Prischl
Sozial-Landesrätin
eva.prischl@spoe.at

3. Präsidentin des NÖ Landtages
Elvira Schmidt, MA
Dritte Präsidentin des NÖ Landtages, Bereichssprecherin für Generationen, Frauen und Kultur
elvira.schmidt@spoe.at

KO Hannes Weninger
Klubobmann, Bereichssprecher für Europa, Verfassung und Demokratie
hannes.weninger@spoe.at

Mag. Christian Samwald
Bereichssprecher für Wohnbau
christian.samwald@spoe.at

Kathrin Schindele
Bereichssprecherin für Bildung und Sicherheit
kathrin.schindele@spoe.at

Franz Schnabl
Bereichssprecher für Finanzen und Wirtschaft
franz.schnabl@spoe.at

Michael Bierbach
Bereichssprecher für Verkehr und Tierschutz
michael.bierbach@oebb.at

Doris Hahn, MEd MA
Bereichssprecherin für Digitalisierung und Wissenschaft
doris.hahn@spoe.at

René Pfister
Bereichssprecher für Arbeit, Rechnungshof, Personal, Dienstrecht, Teuerung und Armut
renekarl.pfister@austrian.com

Mag.a Karin Scheele
Bereichssprecherin für Gesundheit, Soziales sowie Kinder- und Jugendhilfe
karin.scheele@gmx.at

Mag. Dr. Rainer Spenger
Bereichssprecher für Konsumentenschutz, Sport und Tourismus
rainer.spenger@wiener-neustadt.at

Mag.a Kerstin Suchan-Mayr
Bereichssprecherin für Familie, Umwelt und Energie
kerstin.suchan@st-valentin.at

René Zonschits
Bereichssprecher für Kommunales und Landwirtschaft
zonschits@angern.at



NÖ Landespolitik ist eine „zache Partie“

Die erste Hälfte der Landtagsperiode mit einem schwarz-blauen Pakt war eine zache Partie. Statt die Teuerung wirksam zu bekämpfen, leistbare Wohnungen zu bauen und die medizinische Versorgung im Land zu sichern, versuchen ÖVP und FPÖ mit Schnitzelprämie, Corona-Fonds und Brot und Spielen von den großen Herausforderungen im Land abzulenken.

Aktuelles Beispiel für Provinzialismus statt Weitblick in Niederösterreich ist die aktuelle Diskussion um sogenannte GastpatientInnen in Wiener Spitälern. Erst durch die ausgestreckte Hand von Bgm. Michael Ludwig und den politischen Druck der SPÖ Niederösterreich kommt langsam Bewegung in Richtung einer gemeinsamen „Gesundheitsregion Ost“. Die PatientInnen interessieren keine Bundesländergrenzen, Ausgleichszahlungen oder Finanzausgleichsverhandlungen. Alle haben das Recht auf optimale gesundheitliche Versorgung, unabhängig vom Wohnort und den finanziellen Möglichkeiten.

Schnitzelprämie statt Energiepreisbremse

Ein konkretes Beispiel für „keine Wirtschaftskompetenz von ÖVP und FPÖ“ ist die Untätigkeit des Landes bei der Bekämpfung der Teuerung. Während der landeseigene Energiekonzern EVN an steigenden Energiepreisen seit Jahren kräftig mitnascht und sich die Aktionäre die Hände reiben, stöhnen die niederösterreichischen Haushalte, die lokale Wirtschaft und die Gemeinden unter den hohen Strom und Gaspreisen. Deshalb fordern wir eine Änderung der EVN-Satzungen, um den Landesenergieversorger zu kostengünstigen Energiepreisen und einen

Fokus auf Leistbarkeit und öffentliches Interesse - statt auf wie bisher purer Gewinnmaximierung - zu verpflichten.

Postenschacher feiert fröhliche Umstände

Dass man in Niederösterreich ein schwarzes Parteibuch für eine Anstellung im öffentlichen Dienst haben muss, ist jahrzehntelange Gepflogenheit. Jetzt geht es auch mit einem blauen! Dafür werden völlig ungeniert ständig neue Posten für blaue Funktionäre geschaffen. Die Spitze des Eisbergs sind zusätzliche Geschäftsführer und Spitzpositionen bei der Mensch und Arbeit GmbH, der NÖVOG, im NÖGUS, der LGA und beim Notruf NÖ.

Deutliche rote Spuren im Landtag

Auch wenn Schwarz-Blau reflexartig oppositionelle Vorschläge ignoriert und Anträge anderer Parteien grundsätzlich ablehnt (Förderung privater Hochwasserschutzmaßnahmen) oder endlos schubladiert (NÖ Donauinsel), hinterlässt der SPÖ-Landtagsklub deutliche rote Spuren, welche das Leben im Land sozialer, gerechter und nachhaltiger machen.

Ohne unseren politischen Druck gäbe es keine Kinderbetreuungsoffensive, würde der gemeinnützige soziale Wohnbau noch stärker zu Gunsten gewinnorientierter Bauträger auf der Strecke bleiben, würde der ländliche Raum weiter ausgedünnt (Bsp. Bargeldversorgung mit Bankomaten) und die Unterstützung von Städten und Gemeinden noch viel schlechter ausfallen.

Auf eine erfolgreiche zweite Halbzeit und Freundschaft!

DAS NEUESTE

... kurz und bündig



Kinderschutz
GLEICHE CHANCEN
 LAbg. Doris Hahn fordert zum Thema Kinderschutz konsequentes Handeln. „Kinderschutz ist kein Wahlkampfthema, sondern eine Haltung!“ Jedes Kind habe ein Recht auf Sicherheit und gleiche Chancen. Hahn betont, dass Kinderschutz mit sozialer Sicherheit, kostenloser Betreuung und Unterstützung für Familien beginne - und in allen Bereichen systematisch verankert sein müsse.



Rechnungsabschluss 24 **SCHULDENANSTIEG**

Der Rechnungsabschluss 2024 zeigt laut LAbg. SPÖ-Finanzsprecher Franz Schnabl ein ernüchterndes Bild: Das Land NÖ gab um 554,6 Mio. € mehr aus als es einnahm. Die Schulden stiegen auf über 9,5 Mrd. €, kumuliert mit Gemeinden auf 12,3 Mrd. €. NÖ weist nun die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung und einen Rückgang des BIP um 1,3 % auf.



Tourismusgesetz
SCHWARZ-BLAUER WORTBRUCH
 Kommunalsprecher LAbg. René Zonschits bezeichnet die von ÖVP und FPÖ beschlossene Änderung des Tourismusgesetzes als Wortbruch. Die schwarz-blaue Koalition belaste damit Städte und Gemeinden zusätzlich, deren Budgets ohnehin unter Druck stehen. Zonschits fordert faire Rahmenbedingungen statt weiterer Belastungen für die Kommunen.



Sozialer Wohnbau

ANKURBELN NOTIG

Wohnbausprecher LAbg. Christian Samwald kritisiert den Stillstand beim geförderten Wohnbau in Niederösterreich: Leistbarer Wohnraum sei kaum mehr zu finden, Schwarz-Blau schaue tatenlos zu. Samwald fordert massive Investitionen in den sozialen Neubau, einen Zinspreisdeckel für Kredite und eine klare Zweckwidmung der Wohnbauförderung. Samwald betont abschließend, dass die SPÖ seit vielen Monaten ein Ankurbeln des sozialen Neubaus fordert: „Leistbares Wohnen ist kein Privileg, sondern ein Grundrecht!“



Zusammenarbeit ohne Grenzen

GESUNDHEITSREGION OST

Gesundheitssprecherin Karin Scheele betont in der Landtagsdebatte, dass Wien, Niederösterreich und das Burgenland längst eine gemeinsame Lebens- und Arbeitsregion bilden - das müsse sich auch in der Gesundheitsversorgung widerspiegeln. Eine koordinierte Gesundheitsregion Ost würde Planungssicherheit, Qualität und Effizienz verbessern. LAbg. René Pfister kritisiert die schwarz-blaue Landespolitik scharf: „Während Ankündigungen produziert werden, warten die Menschen weiter auf Facharzttermine und Operationen. Statt Ausreden brauche es endlich gemeinsames Handeln über Ländergrenzen hinweg.“ „Es darf keinen Unterschied machen, ob jemand in Gänserndorf, Bruck oder Eisenstadt wohnt - entscheidend ist, dass im Notfall rasch geholfen wird“, schließt LAbg. René Zonschits ab.



Tierschutz

BLAULICHT FÜR RETTER

Tierschutzsprecher LAbg. Michael Bierbach fordert ein Blaulicht für Tierrettungsorganisationen. Trotz Initiative von Kontroll-Landesrat Sven Hergovich im Juni blockierte Schwarz-Blau weiter. Bierbach betont: Wer Tiere rettet, rettet Leben - Bürokratie dürfe nicht im Weg stehen. Andere Bundesländer seien längst weiter, NÖ dürfe nicht länger nachhinken. Denn wieder einmal haben andere Bundesländer längst moderne Regelungen, die Blaulicht und Sonderrechte für Tierrettungen ermöglichen.



Eissport St. Pölten

STANDORT ERHALTEN

Die SPÖ fordert unter dem Motto „Wer vom Sportland spricht, darf seine Aushängeschilder nicht aufgeben“ per Antrag den Erhalt der Eishockey-Akademie und der Eissporthalle St. Pölten. Laut Sportsprecher LAbg. Rainer Spenger und LAbg. Kathrin Schindlholz droht nach 18 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit ein schwerer Rückschlag für den Eissport in NÖ. Schwarz-Blau müsste Verantwortung übernehmen und den Standort sichern. Der Antrag wurde von ÖVP und FPÖ abgelehnt.



Aus der Landtagsdirektion

Überfraktionelles Frauenfrühstück fördert Austausch im Landtag

Seit ich das Amt der Dritten Landtagspräsidentin übernommen habe, ist es mir ein besonderes Anliegen, den Austausch und den Zusammenhalt zwischen den Abgeordneten über Parteigrenzen hinweg zu stärken. Aus diesem Gedanken heraus habe ich das überfraktionelle Frauenfrühstück eingeführt, das viermal im Jahr vor den Ausschusssitzungen stattfindet. Das Format wird sehr gut angenommen – rund zwei Drittel der weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen nehmen regelmäßig daran teil. In angenehmer und offener Atmosphäre entsteht Raum für persönlichen Austausch, gegenseitiges Verständnis und Gespräche abseits des politischen Alltags.



Atomkraft

KEIN AUSBAU AN DER GRENZE

Im Zuge einer Aktuellen Stunde im Landtag zum Ausbau des AKW Dukovany lehnt Umweltsprecherin Kerstin Suchan-Mayr ungeachtet dessen, dass die EU Atomkraft seit einigen Jahren als nachhaltig einstuft, ebenso entschieden ab. Sie sieht das Thema der ÖVP aber als Ablenkungsmanöver - Statt Symbolpolitik brauche es Lösungen für Teuerung, Wohnen und Kinderbetreuung.



Teuerung

ECHTE ENTLASTUNG

Bei der FSG-Betriebsrätekonferenz in St. Pölten forderte Klubobmann Hannes Weigner Entlastungen für Arbeitende und Betriebe. „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen mit ihren Leistungen das Land, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Sie verdienen Respekt, faire Löhne und soziale Sicherheit.“ Angesichts der Teuerung brauche es vor allem eine Senkung der Energiepreise. Die EVN solle Gewinne nicht an Aktionäre ausschütten, sondern die Strom- und Gaskosten verringern.

Das Frauenfrühstück hat sich so zu einem fixen Bestandteil des parlamentarischen Jahresablaufs entwickelt – als Ort der Begegnung, des Dialogs und der überparteilichen Zusammenarbeit.

EVN: Gewinne für die Menschen, nicht für die Manager

Energie darf kein Luxusgut sein. Deshalb müssen EVN-Gewinne den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern zugutekommen, und nicht ohnehin bereits fette Manager-Gehälter aufbessern

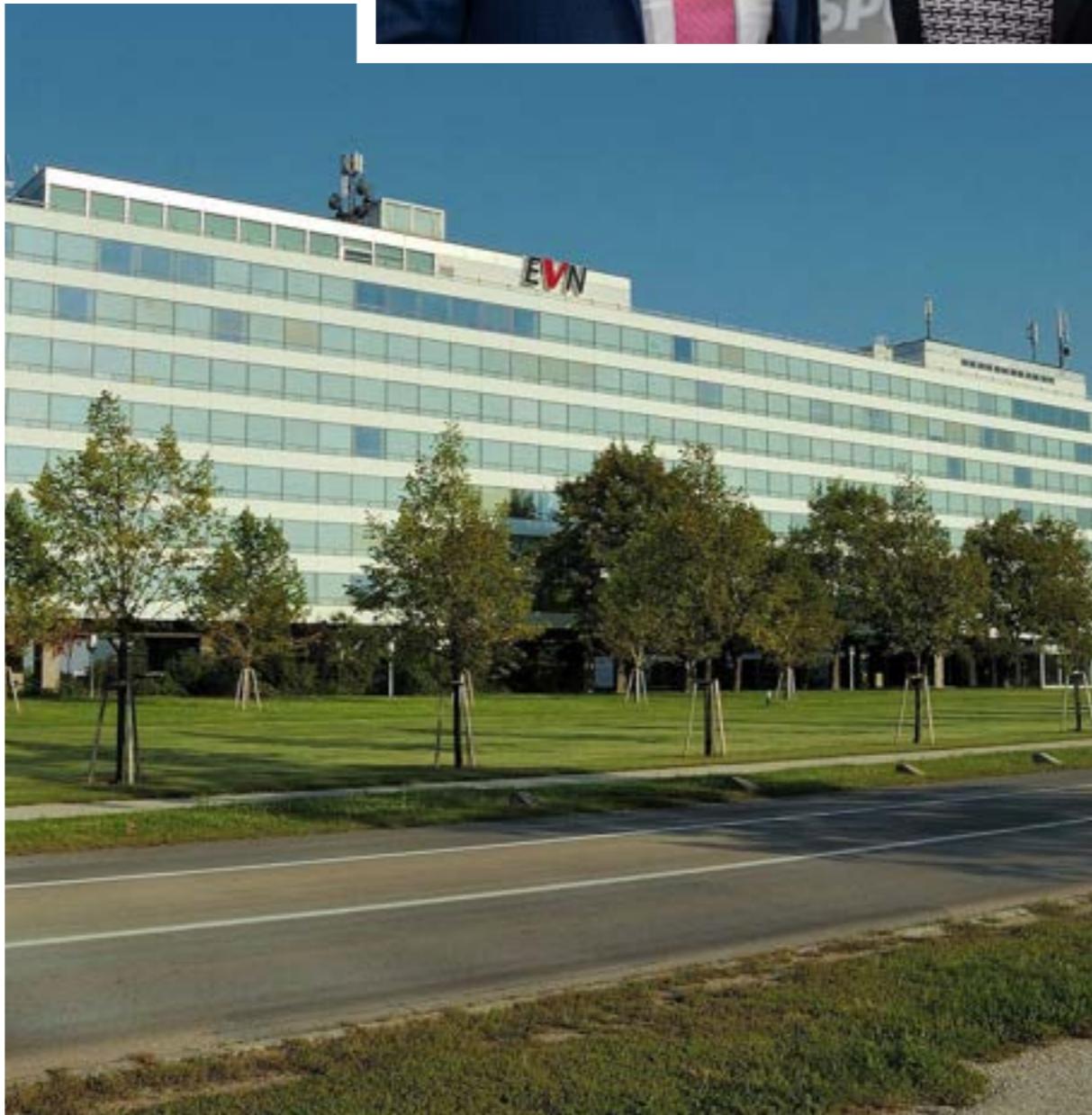
Energie ist die Grundlage unserer modernen Gesellschaft – sie entscheidet darüber, ob Menschen teilhaben können, ob Betriebe bestehen und ob unsere Wirtschaft stark bleibt. Doch statt Sicherheit und Verlässlichkeit erleben viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher derzeit das Gegenteil: explodierende Preise, undurchsichtige Tarife und Rekordgewinne der EVN. „Es ist untragbar, dass die EVN im Geld schwimmt, während Familien ihre Stromrechnung kaum bezahlen können“, sagt SPÖ-Landesparteivorsitzender, Kontroll-Landesrat Sven Hergovich.

EVN zur Leistbarkeit verpflichten
Für die Sozialdemokratie ist klar: Jede und jeder soll sich Strom, Wärme und Mobilität leisten können – verlässlich, sauber und nachhaltig. Deshalb fordert die SPÖ NÖ, dass die EVN gesetzlich



und in ihrer Satzung zur Leistbarkeit verpflichtet wird. Das mehrheitlich im Landeseigentum befindliche Unternehmen müsse im gemeinwirtschaftlichen Interesse handeln, statt hohe Dividenden auszuschütten. „Die EVN gehört den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern – also sollen sie auch profitieren“, betont Hergovich. Künftig sollen Managementgehälter nicht mehr an Gewinne gekoppelt sein, sondern an niedrige Energiepreise. Hergovich: „Es ist ein fatales Signal, wenn Spitzenmanager Bonuszahlungen kassieren, während Menschen in Kälte und Sorge leben.“

Gewinne zurück zu den Menschen
Die SPÖ Niederösterreich fordert daher auch, dass zwei Drittel der seit 2022 erzielten EVN-Gewinne direkt an die Kundinnen und Kunden zurückfließen. Rund eine Milliarde Euro könnten so für niedrigere Strom- und Gastarife genutzt werden – eine spürbare Entlastung für Haushalte, Gemeinden und Betriebe. „Wir brauchen keine Zuschüsse oder komplizierten Förderungen, sondern echte Gerechtigkeit“, betont Energiesprecherin Kerstin Suchan-Mayr. Die EVN müsse endlich soziale Verantwortung zeigen und ihren Eigentümern – den Niederösterreichern – etwas zurückgeben. Denn Energieversorgung darf kein Geschäft für wenige sein, sondern ein Gewinn für alle. „Nachdem der Milliardengewinn seit 2022 wieder zurück bei den



GEWINNE FÜR DIE MENSCHEN
Zusammen fordern Landesrat Hergovich und Energiesprecherin Suchan-Mayr die Rückgabe der Gewinne an die Niederösterreicher

Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern auf dem Energiekonto ist, sollen auch künftig die jährlichen Überschüsse anteilig an die Kundinnen und Kunden zurückfließen. Das Ziel ist klar: Leistbare Energie für Haushalte, Betriebe und Gemeinden statt weiterer Belastung durch überzogene Gewinne“, so die beiden Politiker unisono.

Günstige Energie aus der Region
Leistbare Energie beginnt in der Region. „Energie soll dort produziert und genutzt werden, wo sie entsteht“, betont Hergovich. Gemeinden wie Trumau zeigen, wie sozialdemokratische Energiepolitik funktioniert: Bürgerinnen und Bürger, Betriebe und die Gemeinde erzeugen gemeinsam Strom aus erneuerbaren Quellen und teilen ihn günstig. Dieses Modell soll in ganz Niederösterreich Schule machen, unterstützt durch klare Rahmenbedingungen, Förderungen und fachliche Begleitung.

Energie speichern, Netze entlasten, Kosten senken
Damit Strom dort bleibt, wo er produziert wird, braucht es eigene Speicherinfrastruktur. Niederösterreich produziert schon heute viel sauberer Strom aus Sonne und Wind, der künftig dezentral gespeichert werden soll, um die Netze zu entlasten und Kosten zu senken. „Energie ist kein Luxusgut, sondern ein Grundrecht“, fasst Hergovich zusammen: „Wenn ein Landesunternehmen Rekordgewinne schreibt, während die Menschen sparen müssen, läuft etwas grundsätzlich falsch. Zeit, das endlich zu ändern.“

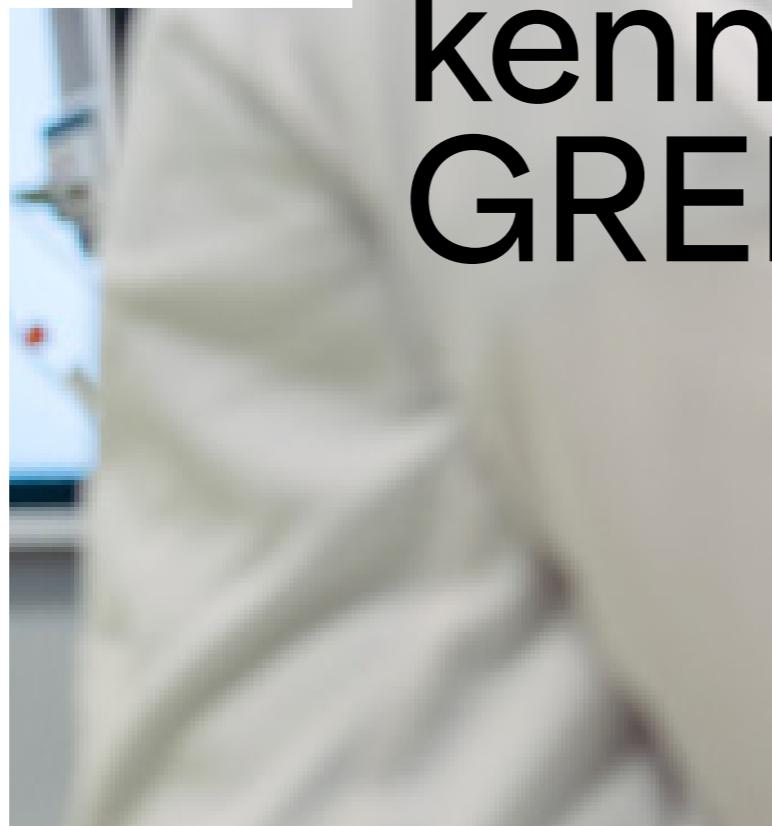
„Die EVN gehört mehrheitlich den Niederösterreichern – also haben sie auch ein Recht, davon zu profitieren.“



Zu wenige Ärztinnen und Ärzte, überlastete Spitäler und lange Wartezeiten prägen den Alltag vieler Patientinnen und Patienten. Doch während Menschen in der Ostregion längst über Landesgrenzen hinweg leben, arbeiten und pendeln, hört die Gesundheitsplanung an eben diesen Grenzen auf.

Für SPÖ-Landesparteivorsitzenden, Kontroll-Landesrat Sven Hergovich ist klar: „Wenn jemand medizinische Hilfe braucht, darf es keine Rolle spielen, auf welcher Seite einer Landesgrenze er oder sie wohnt. Es braucht endlich eine gemeinsame Gesundheitsregion Ost.“

GESUNDHEIT OHNE GRENZEN
Täglich pendeln hunderttausende Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nach Wien und in andere Bundesländer. Sie zahlen dort Steuern, konsumieren dort – und wenn sie krank werden, sollen sie plötzlich „Gastpatienten“ sein? „Das ist absurd“, sagt Hergovich: „Die Gesundheit darf nicht an der Bezirks- oder Landesgrenze enden. Wir müssen Wartezeiten



verkürzen, Versorgung verbessern und die Systeme endlich vernetzen.“ Nach dem Vorbild des Verkehrsverbunds soll es auch im Gesundheitsbereich eine gemeinsame Planung und Finanzierung geben. „Niemand würde auf die Idee

GESUNDHEITSREGION OST: GESUNDHEIT kennt keine GRENZEN

„Wir wollen die beste Gesundheitsversorgung für alle – unabhängig von Bundesländergrenzen und Finanzausgleichsverhandlungen!“

kommen, den Verkehrsverbund Ost in drei Teile zu zerreißen – er funktioniert, weil alle an einem Strang ziehen“, betont Hergovich: „Diese Logik muss auch in der Medizin gelten.“

GESUNDHEIT IM WANDEL

Landesrätin Eva Prischl weiß aus vielen Gesprächen mit Beschäftigten im Gesundheitswesen, wie groß die Herausforderungen sind: „Der demografische Wandel, technologische Entwicklungen und der Ärztemangel stellen unser System auf die Probe.“ Bis 2040 wird in Niederösterreich jede dritte Person über 65 Jahre alt sein, die Zahl der Hochbetagten verdoppelt sich, wodurch der Versorgungsbedarf rasant steigt.

„Es ist im Sinne der Patientensicherheit und einer effizienten Ressourcennutzung unausweichlich, die Kräfte zu bündeln und die Versorgung gemeinsam zu planen“, betont Prischl. Besonders im Notfallbereich sieht sie großes Potenzial: Ein gemeinsames Monitoring der Versorgungskapazitäten könnte in Echtzeit zeigen, wo Schockräume, Herzkatheter oder Stroke Units frei sind.

Gemeinsam mit Wiens Gesundheitsstadtrat Peter Hacker arbeitet Prischl an einer verbindlichen Struktur für die Kooperation in der Notfallversorgung: „Die Zusammenarbeit funktioniert bereits gut – aber wir brauchen eine planbare, verlässliche Grundlage.“

POLITIK MIT HAUSVERSTAND

Die SPÖ brachte das Thema nun in den Landtag, wie Klubobmann Hannes Weninger berichtet: „Die jahrzehntelange ÖVP-Politik hat zu langen Wartezeiten, fehlenden Kassenärzten und Spitalsengpässen geführt! Und während Schwarz-Blau von Effizienz spricht, springt Wien längst ein und trägt die Hauptlast. Das ist ungerecht, weil die Patientinnen und Patienten die Zeche für politische Untätigkeit zahlen.“

Gesundheitsregion Ost: Keine Vision, sondern eine Notwendigkeit für die Menschen



„Zeitfenster für Reformen jetzt nützen!“

Mit einer Gesundheitsregion Ost soll das geändert werden: Durch faire Finanzierung, abgestimmte Leistungen und effiziente Strukturen. „Kooperation statt Konkurrenz ist der Schlüssel!“, drängt Weninger auf eine rasche Lösung und macht klar: „Gesundheit darf nicht von der Postleitzahl abhängen!“

Eine Gesundheitsregion Ost ist keine Vision, sondern eine Notwendigkeit – und ein Versprechen an alle, dass ihre Versorgung dort gesichert ist, wo sie sie brauchen: schnell, modern und effizient.



„Es kann nur funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen.“

„Wir müssen die Kräfte bündeln und die Versorgung effizient planen.“



Unsere Bundesräte berichten:

SPÖ fordert im Bundesrat mehr Gerechtigkeit, faire Preise und Entlastung für arbeitende Menschen

„Was wir heute vorfinden, ist kein Zufall – es ist das Ergebnis einer Politik, die jahrelang die Fleißigen zahlen ließ, während andere versagt haben. Banken und Energiekonzerne sollen stärker zur Haushaltssolidierung beitragen, damit wieder Geld für jene da ist, die das Land am Laufen halten.“

Kampf gegen den Österreich-Aufschlag

Ein zentraler Punkt ist der Kampf gegen den sogenannten Österreich-Aufschlag. Die SPÖ fordert daher faire Preise und ein Eingreifen des Staates, wenn Preisexplosionen das tägliche Leben belasten.

Verantwortung statt Schönreden

Die SPÖ machte im Bundesrat deutlich, was viele Menschen spüren: Steigende Preise, hohe Mieten, teure Lebensmittel – während große Konzerne Rekordgewinne schreiben. Diese Schieflage müsse endlich beendet werden, weshalb die Sozialdemo-

kratinnen und Sozialdemokraten jetzt Verantwortung übernehmen, wo andere versagt haben. Banken und Energiekonzerne sollen stärker zur Haushaltssolidierung beitragen, damit wieder Geld für jene da ist, die das Land am Laufen halten.“

Kampf gegen den Österreich-Aufschlag

Ein zentraler Punkt ist der Kampf gegen den sogenannten Österreich-Aufschlag. Die SPÖ fordert daher faire Preise und ein Eingreifen des Staates, wenn Preisexplosionen das tägliche Leben belasten.

Gerechtigkeit als Grundprinzip

Auch bei Steuern und Abgaben braucht es mehr Fairness. „Wer mehr hat, soll auch mehr beitragen“, fordern Fischer, Muthsam und Peterl unisono. Große internationale Konzerne

müssen endlich ihren gerechten Anteil leisten.

Die SPÖ steht jedenfalls für Ordnung, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit – und für eine Politik, die wieder auf der Seite der Menschen steht. Bundesrätin Amelie Muthsam hob hervor, wie stark Familien von der Teuerung betroffen sind: „Gegende junge Eltern spüren die Belastung täglich. Wir brauchen eine Politik, die das Leben wieder leistbar macht – nicht nur für wenige, sondern für alle.“



Vorsitzender der SPÖ Bundesfraktion Christian Fischer



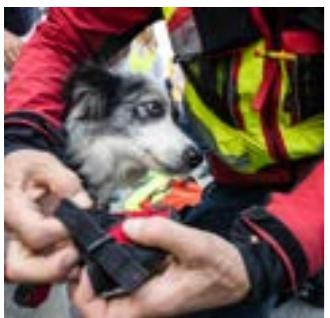
Bundesrätin Amelie Muthsam



Bundesrat Martin Peterl

Die Neuauufstellung des niederösterreichischen Notfallsystems

„Erst wenn die Voraussetzungen gemeinsam mit den Rettungsorganisationen geschaffen sind, wird es zu Veränderungen in den Regionen kommen.“



NEF-STANDORTE AB APRIL 2027

- Industrieviertel: in Baden, Mödling, Neunkirchen, Schwechat und Wiener Neustadt
- Mostviertel: in Amstetten, Melk und Scheibbs
- Zentralraum: in Lichtenfeld, Neulengbach, Sankt Pölten und Tulln
- Waldviertel: in Gmünd, Horn, Krems, Waidhofen an der Thaya und Zwettl
- Weinviertel: in Gänserndorf, Hollabrunn, Korneuburg und Mistelbach

DIE AUSGANGSLAGE

Jährlich werden rund 300.000 Rettungseinsätze in Niederösterreich gefahren, davon etwa 7.000 echte Notfälle, bei denen ein Notarzt notwendig ist. Genau für diese Fälle soll auch künftig die bestmögliche Versorgung sichergestellt werden. Doch Fachkräftemangel, Pensionierungen, Teilzeit und neue Aus-

Die Gesundheits- und Rettungslandschaft in Niederösterreich unterlag zuletzt starken Veränderungen – dementsprechend waren Reformmaßnahmen in diesem Bereich zwingend notwendig.

Das Notfallsystem in Niederösterreich ist über Jahrzehnte historisch gewachsen – ohne systematische Berücksichtigung von Einsatzzahlen, medizinischen Entwicklungen oder wichtigen regionalen Unterschieden. In den letzten Jahren stieß es zunehmend an seine Grenzen: Mehrere Stützpunkte der Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF) konnten nicht mehr rund um die Uhr besetzt werden. Dank des modernen Datenmanagements von Notruf Niederösterreich lagen nun erstmals präzise Informationen über Einsatzfrequenzen und Erreichbarkeit vor – die Grundlage für ein neues, landesweites System.

bildungswege setzen das System unter Druck. Rund 85 Prozent der neuen Notärzte kommen heute aus der Anästhesie – Fachkräfte, die auch in den Kliniken dringend gebraucht werden.

Zudem wächst die Zahl älterer Menschen rasant: Bis 2040 wird jede dritte Person über 65 Jahre alt sein, die Zahl der über 85-Jährigen verdoppelt sich. Damit steigen auch die Rettungseinsätze deutlich. Auf diese Entwicklungen reagiert die Landesregierung mit einer umfassenden Neuausrichtung des Rettungswesens im Rahmen des Gesundheitspakts 2040+, erarbeitet von über unabhängigen 50 Expertinnen und Experten.

BESCHLUSS UND NEUERUNGEN

Am 27. März beschloss der Niederösterreichische Landtag mit großer Mehrheit die Umsetzung der Empfehlungen. Künftig wird es 21 NEF-Stützpunkte geben, möglichst an Landes- und Universitätskliniken. Mit der Umsetzung wurde Gesundheitslandesrätin Eva Prischl betraut, die eine weitere Fachgruppe einsetzte, um die Standortfrage zu klären. Diese bestätigte, dass 21 Standorte – ergänzt durch flankierende Maßnahmen – eine zweckmäßige Versorgung sicherstellen.

Foto: Getty Images



Zu diesen Maßnahmen zählen ein wohnortnahes First-Responder-System, neue Rettungswagen mit erweiterter Ausstattung und hochqualifizierten Notfallsanitätern auf 86 Standorten, die telemedizinische Unterstützung durch Telenotfallmediziner sowie eine aufgewertete Flugrettung mit einem zweiten 24/7-Betrieb eines Stützpunktes. Kriterien für die Standortwahl waren Einsatzfrequenz, Bevölkerungsdichte und vorhandene Infrastruktur.

„Die neue abgestufte Struktur folgt internationalen Standards“, so Prischl. Notfallsanitäter verfügen heute über erweiterte Kompetenzen und können sich bei Bedarf telemedizinisch mit einem Notarzt verbinden – etwa zur EKG-Auswertung oder Medikamentenfreigabe.

START 2027

Das neue System soll im April 2027 in Betrieb gehen – sobald alle flankierenden Maßnahmen umgesetzt sind. „Erst wenn die Voraussetzungen gemeinsam mit den Rettungsorganisationen geschaffen sind, wird es zu Veränderungen in den Regionen kommen“, betont Prischl.

Auch die Finanzierung des Rettungsdienstes wurde neu geregelt: Nach intensiven Verhandlungen mit Rettungsorganisationen, Gemeinden und dem Land

erhalten die Organisationen für die Jahre 2022 bis 2025 rund 70 Millionen Euro zusätzlich. Ein Unterstützungs paket für Gemeinden wurde vereinbart, ebenso wie die Zusage der Rettungsorganisationen, das System laufend weiterzuentwickeln.





Im Porträt: Kerstin Suchan-Mayr

Zugfahrerin, Bürgermeisterin, Landtagsabgeordnete, Umweltsprecherin und Hobby-Gartlerin: Wir haben Kerstin Suchan-Mayr zum Gespräch gebeten.

„Ich wünsche mir mehr Offenheit und demokratischen Diskurs!“

Liebe Kerstin, wer bist du in drei Sätzen?

Ich bin Bürgermeisterin von St. Valentin und seit 2018 auch niederösterreichische Landtagsabgeordnete. Von Beruf bin ich Kindergartenpädagogin und Soziologin. Politisch engagiere ich mich seit meiner Jugend. Ich bin verheiratet und habe einen 13-jährigen Sohn – die Familie ist mein Ruhepol.

Du fährst privat ohne eigenes Auto. Wie funktioniert das?

Ganz gut! Mein Opel Corsa hat 2019 den Geist aufgegeben und ich wollte einmal ausprobieren, wie es ohne Auto geht. In St. Valentin mache ich alles mit dem Rad, nach St. Pölten fahre ich mit dem Zug. Nur wenn's gar nicht anders geht, borge ich mir ein Auto von der Gemeinde oder der Familie aus. Und nein – Regen hält mich nicht auf, es gibt nur schlechte Kleidung, kein schlechtes Wetter.

Was ist der größte Unterschied zwischen der Arbeit in der Gemeinde und im Landtag?

In der Gemeinde ist Politik direkter.

Da wird wirklich diskutiert und gemeinsam entschieden, was das Beste für die Menschen vor Ort ist. Im Landtag sind viele Beschlüsse schon vorbereitet – oft von Schwarz-Blau. Ich wünsche mir oft mehr Offenheit für andere Meinungen und echte demokratische Auseinandersetzung.

Deine Herzensanliegen?

Ganz klar Kinder, Familien und Umwelt. Kinderbetreuung ist für mich keine „Aufbewahrung“, sondern Bildung – und Bildung muss ganztägig, ganzjährig und kostenlos sein. In St. Valentin haben wir sogar eine kostenlose Ferienbetreuung ohne Anmeldung. Das ist echte Unterstützung für Familien, und ich kämpfe dafür, dass das in ganz Niederösterreich Standard wird.



Als Umweltsprecherin setzt Kerstin Suchan-Mayr auf Offiz - nicht immer ganz leicht in Niederösterreich.

Du warst schon sehr jung Bürgermeisterin. Zufall oder Plan?

Eher Zufall. Mein Vorgänger ist leider verstorben, und plötzlich war ich gefragt. Ich war damals Vizebürgermeisterin, aber eigentlich noch nicht bereit. Heute bin ich dankbar – es ist eine der schönsten Aufgaben, die man meiner Meinung nach erfüllen kann.

Wie entspannst du abseits der Politik?

Am liebsten im Garten, wenn es meine Zeit erlaubt. Ich habe drei Hochbeete, mache Sirup, Marmelade oder Likör – das ist mein Ausgleich. Und wenn Zeit bleibt, gehe ich schwimmen, skifahren oder lese gern.

Und was liebst du an Niederösterreich

Die Landschaft – vor allem im Mostviertel, wenn die Bäume blühen. Und dieses Gemeinschaftsgefühl: dass man zusammen anpackt, im Verein oder in der Gemeinde.



© Hannes Dräxler